

Aktuelles aus der Hagerer Politikwissenschaft

Liebe Leserinnen und Leser!

Willkommen beim aktuellen **POLIS-Newsletter** des Instituts für Politikwissenschaft der FernUniversität in Hagen! Die neue Ausgabe unseres Newsletters bietet u. a. einen Einblick in aktuelle Forschungsprojekte zum Thema „Politik und Religion“ von PD Dr. Dorothee de Nève.

Inhalt:

Das Thema: Politik und Religion – Einblicke in aktuelle Forschungsprojekte 1

Forschung aktuell 2

Lehre aktuell 4

Personen am Institut 5

Neue Veröffentlichungen 6

Impressum 6

Das Thema

Politik und Religion – aktuelle Forschungsprojekte

Gegenwärtig wird in der Öffentlichkeit intensiv und kontrovers über die Relevanz von Religion in der Politik diskutiert. Dabei geht es u. a. um Probleme der Politisierung von Religion, um die Präsenz von Religion im öffentlichen Raum, die Bedeutung von Religion für gesellschaftspolitisches Handeln und die Rechte religiöser BürgerInnen und Glaubensgemeinschaften. Inzwischen ist offensichtlich, dass die interdependenten Beziehungen zwischen Politik und Religion einem kontinuierlichen Wandel unterliegen und Gegenstand vielschichtiger gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sind. Im Lehrgebiet I „Staat und Regieren“ wurden mehrere Projekte in einem gemeinsamen Forschungsprogramm gebündelt, in dem die vielfältigen Facetten dieser aktuellen Diskussionen politikwissenschaftlich untersucht werden.

Dorothee de Nève hat zur Analyse der Beziehungen zwischen Politik und Religion ein theoretisches Modell erarbeitet, das es erlaubt, die wechselseitigen Interaktionsbeziehungen und Abhängigkeiten systematisch zu untersuchen. Dieser neue Ansatz geht davon aus, dass nicht nur Religion Politik beeinflusst, sondern umgekehrt auch Politik religiöse Inhalte, Praktiken und Institutionen prägt.

Einen besonderen Schwerpunkt der Forschung bilden Analysen zur Zivilgesellschaft und zum religiösen Pluralismus. Nicht nur Politik und Öffentlichkeit, sondern auch die Politikwissenschaft gehen meist von der Annahme aus, dass eine starke Zivilgesellschaft für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt förderlich sei. Welche Interaktionsbeziehungen unterhält sie mit anderen Sphären und ist sie wirklich so zivil, wie ihr Name es verspricht? Dieser Frage ist Nils Arne Brockmann anhand der Analyse eines Konfliktes um den Bau einer Moschee in Köln nachgegangen. Die Fallstudie gewährt einen Einblick in das Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Zivil-

gesellschaft und offenbart, dass die Zivilgesellschaft mit der Lösung ihrer Konflikte zuweilen überfordert ist – insbesondere wenn Religion Konfliktgegenstand ist. Staatliche Akteure können hier schadensbegrenzend intervenieren.

In einer neuen Studie von Inga Beinke wird der Beitrag der religiösen Zivilgesellschaft zur Entwicklung demokratischer Grundprinzipien betrachtet. Anhand eines demokratietheoretischen Analyserasters werden veröffentlichte Dokumente untersucht und systematisch ein spezifisch deutsch-evangelikales Verständnis der Beziehungen zwischen Politik und Religion extrahiert. Dabei werden Akteure und Dokumente, z.B. Predigten und andere Publikationen glaubensbasierter Organisationen analysiert, die bislang in der politikwissenschaftlichen Forschung wenig Beachtung fanden. Die Studie zeigt, dass die Zivilgesellschaft selbst zum Problem für die Demokratie werden kann, wenn sie Handlungs- und Bewertungsnormen aus religiösem Wissen ableitet, die demokratischen Grundprinzipien widersprechen.



Quelle: Graffiti Wien, Aufnahme Dorothee de Nève 2010

In einem Beitrag zu religiösen Parteien in der Schweiz geht Dorothee de Nève ebenfalls der Frage nach, wie religiöses Wissen bzw. bestimmte Glaubensüberzeugungen in politische Handlungsmaxime transformiert werden. Erstens ist dabei aufschlussreich, welche inhaltlichen Schwerpunkte der parteipolitischen Agenda religiös überformt sind. Zweitens werden die Strategien der religiösen Parteien in Interaktion mit der politi-

Forschung aktuell

Neues DFG Projekt am Lehrstuhl „Politik und Verwaltung“: Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite

Das Projekt „Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite“ ist ein Gemeinschaftsantrag von Prof. Dr. Lars Holtkamp (FernUniversität Hagen) Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum), Prof. Dr. Martin Junkernheinrich (Universität Kaiserslautern) und Prof. Dr. Uwe Wagschal (Universität Freiburg). Das zweijährige interdisziplinäre Projekt, welches im Herbst 2011 startet, hat ein Volumen von insgesamt knapp 500.000 Euro.

Seit vielen Jahren befindet sich eine Vielzahl von Kommunen in Deutschland in einer tiefgreifenden Haushaltskrise. In den letzten zehn Jahren haben sich die Kassenkredite der deutschen Kommunen auf insgesamt 34,4 Mrd. versechsfacht (Stand Ende 2009). Allerdings sind nicht alle Kommunen gleichermaßen von der Haushaltskrise betroffen, denn nicht wenigen Kommunen gelingt es auch in Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung, ihre Etats ohne Neuverschuldung auszugleichen. Zudem können kommunale Haushaltsdefizite nicht nur durch die schlechte Gemeindefinanzierung oder schlechte sozioökonomische Rahmenbedingungen erklärt werden, denn zwischen Kommunen mit ähnlichen Rahmenbedingungen existieren z.T. erhebliche Unterschiede im Verschuldungsniveau.

Das Forschungsvorhaben greift diese Diskussionen auf. Untersucht werden soll der Einfluss von sozioökonomischen Rahmenbedingungen, institutionellen und akteursbezogenen Faktoren auf kommunale Haushaltsdefizite. Auch wenn sich die Erkenntnis verbreitet, dass nicht nur sozioökonomische Rahmenbedingungen, sondern auch institutionelle und akteursbezogene Faktoren kommunale Haushaltsdefizite erklären können, ist es empirisch nach wie vor unklar, welcher Erklärungsanteil auf die einzelnen Erklärungsfaktoren zurückgeht. Durch eine Bundesländer vergleichende, qualitativ und quantitativ angelegte Querschnittsuntersuchung der Ursachen von Haushaltsdefiziten (gemessen an Fehlbeträgen und Kassenkrediten) soll der Einfluss der verschiedenen Erklärungsfaktoren näher bestimmt werden. Untersucht werden Kommunen mit über 5.000 bzw. 10.000 Einwohnern, für die ein Mix aus statistischen Aggregatdatenanalysen kommunaler Haushalte, schriftlichen Befragungen zentraler Entscheidungsträger und Fallstudien in ausgewählten Bundesländern ausgewertet werden soll.

Projektantrag zur friedlichen Konfliktaustragung in Lateinamerika aus dem Lehrgebiet V: Vergleichende Politikwissenschaft eingereicht

In Kooperation mit Prof. Dr. Michèle Knodt (TU Darmstadt) wurde am Lehrgebiet V: Vergleichende Politikwissenschaft von Prof. Dr. Michael Stoiber und Marie Heinelt ein Forschungsantrag mit dem Titel "Ethnische und sozio-ökonomische Konflikte in Lateinamerika – demokratische Beteiligungsmöglichkeiten als Mechanismen der Konfliktregelung" erarbeitet. Ziel des Projekts ist es, zu überprüfen, ob besonders konfliktreiche gesellschaftliche Konstellationen durch demokratische Beteiligungsformen friedlich geregelt werden können. In Lateinamerika finden wir nicht nur ein hohes Maß an sozio-ökonomischer Ungleichheit vor, es ist auch durch eine hohe ethnische Fragmentierung geprägt. Sind dann ethnische Minderheiten wie z. B. die indigene Bevölkerung auch noch sozio-ökonomisch benachteiligt, drohen die Konflikte gewaltsam auszubrechen. Die Leitthese des Projekts ist, dass es im Sinne eines *institutional engineering* möglich sein sollte, spezifische

schen Sphäre untersucht. Während bestimmte Parteien durch einen *Bonding*-Prozess eine neue logische und zugleich harmonische Verbindung der Sphären anstreben, gibt es auch fundamentalistisch agierende Parteien, die die Politik ganz der religiösen Ordnung unterwerfen wollen.

Eva Maria Hinterhuber befasst sich in ihrer Studie zum „Abrahamischen Dialog und Zivilgesellschaft“ mit bürgerschaftlichem Engagement als abgeleitete religiöse Praxis. Untersucht werden zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich im Dialog zwischen Judentum, Christentum und Islam in Deutschland engagieren. Dabei lotet Hinterhuber deren sozialintegratives Potenzial aus. Auch an diesem Forschungsgegenstand zeigt sich der interdependente Charakter der Beziehungen zwischen Politik und Religion. Ebenso wie das spezifische Verhältnis von Staat und organisierter Religion in Deutschland beeinflussen Konflikte zwischen den organisierten Religionen die Aktionsmöglichkeiten der Dialog-Initiativen.

Dorothee de Nève weist in einer weiteren Studie nach, dass Islamophobie gegenwärtig in Deutschland und Europa weit verbreitet ist. Islamophobie Vorurteile beruhen im Wesentlichen auf einer selektiven Wahrnehmung des Islam und Verallgemeinerungen in Bezug auf den Islam als Religion und Kultur sowie auf Menschen, die dieser zugeordnet werden. Sowohl MuslimInnen – als Individuen und BürgerInnen –, als auch muslimischen Gemeinschaften wird die Fähigkeit zur demokratischen Selbstregierung abgesprochen. Insofern haben diese Einstellungen einerseits Auswirkungen auf die innere Funktionslogik politischer Systeme, andererseits auf die europäische Politik und internationale Beziehungen.



Quelle: Ungheni (Rumänien); Aufnahme von Christof Kaiser 2008; für nähere Informationen zu diesem umstrittenen Neubau einer rumänisch-orthodoxen Kirche um eine bestehende griechisch-katholische Kirche herum s. den Beitrag „Grenzen der Religionsfreiheit“ von Dorothee de Nève 2011.

Das Projekt zur Orthodoxie im Europäischen Integrationsprozess, an dem Tina Olteanu und Dorothee de Nève arbeiten, beschäftigt sich mit dem Verhältnis orthodoxer Kirchen zur Europäischen Union im Kontext der erfolgten und anstehenden Erweiterung. Auf dem Prüfstand stehen Vorstellungen und Normen zu religiösem und gesellschaftlichem Pluralismus. Von besonderem Interesse ist hierbei die Interaktion dieser kirchlichen Einrichtungen im europäischen Mehrebenensystem: Die Analyse zeigt, dass orthodoxe Kirchen im Widerspruch zu Werten und Vorstellungen agieren, die in der EU als verbindlich gelten.

Die Ergebnisse dieses Forschungsprogramms zu Politik und Religion sind inzwischen teilweise veröffentlicht bzw. werden demnächst erscheinen. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf unserer Website: <http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg1/projekte/>

demokratische Beteiligungsformen wie z.B. Autonomieregelungen für diese Gruppen einzuführen, die eine gewaltfreie Konfliktregulierung ermöglichen. Doch wird erwartet, dass die reine Existenz von Partizipationsstrukturen nicht ausreicht, vielmehr müssen sie auch effektiv genutzt werden können. Dazu bedarf es einer starken zivilgesellschaftlichen Organisation ethnischer und sozioökonomisch benachteiligter Interessen und darüber hinaus demokratischer Einstellungen bei den Mitgliedern dieser Gruppen. Denn demokratische Prozesse und Verfahren können nur dann zur friedlichen Konfliktaustragung beitragen, wenn sie und ihre Ergebnisse von allen beteiligten Akteuren akzeptiert werden. Der Antrag wurde am 1.12.2011 bei der Deutschen Stiftung Friedensforschung eingereicht; im Falle einer erfolgreichen Förderung soll das Projekt zum Sommer 2012 in Darmstadt und Hagen an den Start gehen.

Inga Beinke: Projektgruppe „Kollaborative Demokratie 21“

Frau M.A. Inga Beinke ist seit Oktober 2011 Associate im Think Tank der Stiftung neue Verantwortung und arbeitet hier in der interdisziplinären und sektorübergreifenden Projektgruppe „Kollaborative Demokratie 21“. Die Gruppe beschäftigt sich mit der politisch-praktisch sowie politikwissenschaftlich wichtigen Frage, wie sich Infrastrukturentscheidungen, Bürgerbeteiligung und Planungssicherheit in Zukunft besser miteinander vereinbaren lassen. Dazu analysiert das Projekt Stärken und Schwächen bestehender Ansätze von Bürgerbeteiligung und innovative Partizipationsplattformen. Inhaltlich schließt diese Arbeit an Projekte an, die am Lehrgebiet I „Staat und Regieren“ verfolgt werden, in denen es u.a. um unkonventionelle Partizipationsformen und deliberative Governance geht. Durch die Mitarbeit von Frau Beinke an diesem Projekt vertieft das Lehrgebiet I „Staat und Regieren“ Kooperationen mit anderen Arenen zur Bearbeitung gesellschaftspolitischer Herausforderungen.

Forschungskolloquium für Promovierende am Lehrgebiet Politikwissenschaft II

Am Lehrgebiet Politikwissenschaft II: Internationale Politik fand am 21. September 2011 ein eintägiges Forschungskolloquium für interne und externe Promovierende statt. Die Doktoranden von Professor Breitmeier nutzen die Gelegenheit, sich rege mit ihrem Doktorvater, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrgebiets und untereinander über ihre Dissertationsprojekte auszutauschen. Die thematische Vielfalt der Projekte umfasste die sicherheitspolitische Kontroverse um die Streitkräfte-Doktrinen AirLand Battle und Follow-On-Forces-Attack, die Auswirkungen des globalen Klimawandels in fragilen Staaten und das Recht auf Religionsfreiheit als Menschenrecht anhand der Verfolgung religiöser Minderheiten im Iran. Das Kolloquium stieß bei allen Teilnehmenden auf eine positive Resonanz und soll zukünftig in regelmäßigen Abständen stattfinden.

Dissertation von Dr. Sandra Schwindenhammer bei Nomos erschienen

Die Dissertation von Dr. Sandra Schwindenhammer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrgebiet Politikwissenschaft II: Internationale Politik, ist als Buchveröffentlichung im Nomos Verlag in der Reihe Universitätschriften Politik, Band 180, 310 Seiten, ISBN 978-3-8329-6827-4 für 49,00 € erschienen. Die Studie mit dem Titel „Nationale Bedingungen und freiwillige

unternehmerische Normbefolgung. Eine Analyse deutscher Unternehmen der G500 in der Global Reporting Initiative“ versteht Unternehmen als politische Akteure, die zunehmend an grenzüberschreitenden Normsetzungs- und Normdurchsetzungsprozessen mitwirken. Die Autorin behandelt die Frage, inwiefern nationale Bedingungen im Herkunftsland noch einen Einfluss auf die freiwillige unternehmerische Normbefolgung ausüben. Sie erschließt die Thematik unter Rückgriff auf Ansätze der Compliance-Forschung und den neoinstitutionalistischen Isomorphismusansatz und belegt den Erklärungs-wert des Herkunftslands durch einen strukturiert-fokussierten Vergleich der Normanerkennung und -anwendung deutscher Unternehmen der G500 in der Global Reporting Initiative.

Habilitation von Prof. Dr. Michael Stoiber erschienen: „Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratietheorie.“

Die Habilitation von Michael Stoiber, Professor am Lehrgebiet Politikwissenschaft V: Vergleichende Politikwissenschaft, ist jetzt als Buchveröffentlichung im Nomos Verlag erschienen. Zum Inhalt: Sind alle Demokratien wirklich gleich demokratisch? Wie kann man die Varianz in der demokratischen Qualität von Demokratien erfassen? Michael Stoiber entwickelt zu diesem Zweck auf Grundlage demokratietheoretischer Überlegungen ein neues kontextualisiertes Modell. Ausgegangen wird von einem individualistisch-liberalen Demokratieverständnis, nach dem in einer Demokratie die Ziele Freiheit und Gleichheit durch effektive Beteiligung an den kollektiven Entscheidungen verwirklicht werden sollen. Auf der Basis des jeweiligen gesellschaftlichen und institutionellen Kontextes kann für jedes Land eine eigene optimale Beteiligungsstruktur ermittelt werden, die mit den realen Strukturen und deren Effektivität konfrontiert werden, um Defizite zu identifizieren. Ein erster Pretest des Modells in zehn westlichen Demokratien zeigt, dass es möglich ist, Unterschiede in der demokratischen Qualität sowohl qualitativ zu erfassen als auch quantitativ vergleichend zu messen. So finden sich in den ausgewählten Ländern Defizite entweder aufgrund fehlender direktdemokratischer Verfahren, ineffektiver Beteiligungsmöglichkeiten oder ausgeprägter Eliten-Dominanzstrukturen.

Habilitation von Prof. Dr. Annette E. Töller erschienen: „Warum kooperiert der Staat? Kooperative Umweltpolitik im Schatten der Hierarchie“

Bei Nomos erschien jetzt die Habilschrift von Annette Elisabeth Töller in der Reihe „Staatslehre und politische Verwaltung“. Die Arbeit befasst sich mit dem Phänomen der sogenannten Umweltvereinbarungen (also freiwillige Vereinbarungen zwischen dem Staat und Verbänden/Konzernen zur Erreichung von Umweltzielen) in Deutschland und unternimmt im Wesentlichen drei Schritte: Erstens unternimmt die Arbeit eine Bestandsaufnahme der Verwendung von kooperativen Instrumente. Dabei zeigt sich, dass – im Gegensatz zu vielen empirisch nicht näher belegten Annahmen, u.a. in der Governance-Forschung – die Verwendung dieser Art kooperativer Staatstätigkeit keinesfalls zunimmt, sondern nach Hoch-Phasen in den 1980er und 1990er Jahren gegen Ende der 1990 Jahre beinahe zum Erliegen kommt. Zweitens fragt die Arbeit – geleitet von einer institutionalistischen Heuristik in Anlehnung an Kiser und Ostrom und gestützt auf 13 Fallstudien, die im Wesentlichen zwischen 1975 und 2005 angesiedelt sind – nach den Ursachen für die Verwendung der Vereinbarungen im Einzelfall und für die Gesamtentwicklung. In kritischer Abgrenzung

Lehre aktuell

Runderneuerte Bachelor Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie (BAPVS) startet zum SoSe2012

Das „Flaggschiff“ des Instituts für Politikwissenschaft, der BA-Studiengang Politik- und Verwaltungswissenschaft, wurde in diesem Jahr – gemeinsam mit dem Institut für Soziologie – zum „Dreimaster“ BA Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie (kurz: BAPVS) ausgebaut. Der Studiengang, der zum Wintersemester 2003/2004 startete und mittlerweile mehr als 2.400 Studierende zählt, wird seine Fahrt in der erweiterten Form zum Sommersemester 2012 aufnehmen. Bislang bereits bestehende Studienanteile aus der Verwaltungswissenschaft und der Soziologie werden dann so verstärkt, dass sich hieraus drei eigenständige Studienschwerpunkte ergeben. Damit beinhaltet der BAPVS neben einer *gemeinsamen* Basisphase künftig einen von den Studierenden frei zu wählenden *Schwerpunkt* in einem der drei Fächer. Neu ist somit, dass in Zukunft ein Studienabschluss mit dem „Schwerpunkt Politikwissenschaft“ oder dem „Schwerpunkt Verwaltungswissenschaft“ oder dem „Schwerpunkt Soziologie“ erworben werden. Und neu ist auch, dass im Rahmen des geänderten BAPVS erstmals ein BA-Soziologiestudium abgeschlossen werden kann. Darüber hinaus bietet der BAPVS allen Studierenden eine erweiterte Methodenausbildung an und erlaubt es auch künftig, die Kernausbildung in einem der Schwerpunktfächer um frei wählbare Module aus anderen Fächern, zum Beispiel der Philosophie oder der Wirtschaftswissenschaft, zu ergänzen. Nähere Informationen zum erneuerten BA „Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft und Soziologie“ finden sich im Studienportal unter <http://www.fernuni-hagen.de/KSW/bapo/index.shtml>

Interdisziplinäres Fernstudium Umweltwissenschaften (infernum) erhält erneut Auszeichnung der Deutschen UNESCO-Kommission

Die Deutsche UNESCO-Kommission hat das Interdisziplinäre Fernstudium Umweltwissenschaften (infernum) für den Zeitraum 2012/2013 erneut als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Die Auszeichnung erhalten Initiativen, die das Anliegen dieser weltweiten Bildungsoffensive der Vereinten Nationen vorbildlich umsetzen und nachhaltiges Denken und Handeln vermitteln. Die Urkunden werden im Rahmen des jährlich stattfindenden Runden Tisches der UN-Dekade am 28. November 2011 in Berlin an die Projekte übergeben. „Infernum“ zeigt eindrucksvoll, wie zukunftsfähige Bildung aussehen kann. Das Votum der Jury würdigt das Projekt, weil es verständlich vermittelt, wie Menschen nachhaltig handeln“, so Prof. Dr. Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees und der Jury der UN-Dekade in Deutschland. Bereits für den Zeitraum 2006/2007 wurde das universitäre Weiterbildungsangebot als UN-Dekadeprojekt ausgewählt. Weitere Informationen unter <http://www.bne-portal.de/dekade-projekte>.

infernum erfolgreich beim BMBF-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“

Der MA-Weiterbildungsstudiengang „Interdisziplinäres Fernstudium Umweltwissenschaften“ („infernum“) war beim Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und For-

zu Arbeiten, die kooperative Politik entweder als funktionalen Reflex auf moderne Steuerungsanforderungen („besser steuern“) oder aber als Ausdruck der in Zeiten der Globalisierung gestärkten Rolle der Wirtschaft („Greenwash“) verstehen, macht die Arbeit insbesondere das europäische Recht als kausalen Faktor aus, und zwar sowohl im Hinblick auf die Anwendung der Umweltvereinbarungen zwischen Anfang der 1980er und Mitte der 1990er Jahre als auch für deren weitgehende Beendigung seit Ende der 1990er Jahre. Hinzu kommt die Parteiendifferenz sowie auch die seit den 1990er Jahren geänderte Politik des Kartellamtes. In einem dritten Schritt befasst sich die Arbeit kritisch mit der gängigen (paradoxen) Annahme, Kooperation zwischen dem Staat und den Verbänden finde im „Schatten der Hierarchie“ statt.

Auch wenn das Phänomen der Vereinbarungen in der deutschen Umweltpolitik heute nur noch eine Randerscheinung ist (aber siehe z.B. „Aktionsplan Green-IT Pionier Deutschland“), ist die Option und Realität kooperativer Politik allgegenwärtig, sei es im nationalen Kontext in der Frage der Stärkung der Repräsentation von Frauen in den Führungsgremien deutscher Konzerne oder sei es in den vielen im transnationalen Kontext entstandenen kooperativen/freiwilligen Regelungssystemen. Daher leistet die Arbeit nicht nur eine theoriegeleitete, empirisch unterfütterte Untersuchung eines zentralen Segments von „Staatlichkeit“ in den letzten 20 Jahren, sondern bietet auch ein differenziertes Analyseraster und grundlegende Erkenntnisse für die Untersuchung gegenwärtiger und zukünftiger Fälle.

Dissertation von Dr. Annette Vollmer erscheint in Kürze beim Verlag Peter Lang

Das Thema Business Improvement Districts hat in Deutschland eine beispiellose Karriere genommen. BIDs bieten ein neuartiges Instrumentarium zur Stärkung gewachsener Geschäftsbereiche, das spezifische Schwächen der in Deutschland bislang vorhandenen Instrumente überwindet. Der Grundmechanismus der deutschen BIDs orientiert sich dabei stark am US-amerikanischen Vorbild; es liegt hier also ein Politiktransfer vor. BIDs werden als Selbsthilfeinstrument *par excellence* angesehen und stehen im Kontrast zu der in Deutschland verbreiteten Einstellung, lieber nach dem Staat zu rufen statt Eigenverantwortung zu übernehmen. Dennoch sprechen mittlerweile 20 operative BIDs in Deutschland dafür, dass die Einführung geglückt ist. Angesichts des unterschiedlichen Staatsverständnisses, aber auch weiterer gesellschaftlicher und ökonomischer Unterschiede zwischen den USA und Deutschland bedarf es einer Erklärung, warum dieser Transfer so problemlos über die Bühne gegangen ist.

Dr. Annette Vollmer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrgebiet Politikwissenschaft III: Politikfeldanalyse hat sich in ihrer Dissertation mit der Frage beschäftigt, warum der Transfer von Business Improvement Districts (BIDs) trotz der bestehenden Kontextunterschiede zwischen den USA und Deutschland geglückt ist. In ihrer Arbeit hat sie einen theoretischen Rahmen erarbeitet, dem der *Varieties of Capitalism* (VoC)-Ansatz von HALL und SOSKICE zugrunde liegt und den sie um zusätzliche Kategorien aus den Bereichen Wertvorstellungen, demokratisches System, Planungsverständnis und öffentlicher Raum ergänzt hat, um damit die aus der unterschiedlichen Kontexteinbettung im Herkunfts- und Zielland resultierenden Reibungspunkte analysieren zu können. Die Promotion bietet darüber hinaus einen Überblick über US-amerikanische BIDs und arbeitet die kritische Diskussion über BIDs auf.

Das Buch erscheint demnächst im Verlag Peter Lang, Bern, ISBN 978-3-0w343-0685-0.

schung „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ mit einem Projektantrag erfolgreich und erhält nun zwischen 2011 und 2015 die Fördersumme von 250.000 Euro für die inhaltliche und didaktische Weiterentwicklung des Studiengangs. Die eingeworbenen Fördermittel ermöglichen es, das Blended Learning-Konzept des Studiengangs mittels elektronisch unterstützter Lernformen weiterzuentwickeln. Außerdem können neue umweltwissenschaftliche Lehrmodule entwickelt werden, die den besonderen Interessen von Studierenden aus der beruflichen Praxis dienen.

Von der Frage zur Antwort: Lehrgebiet V veranstaltet Präsenzseminar zu vergleichenden Forschungsdesigns

Schon Goethe wusste: „Wenn du eine weise Antwort verlangst, musst du vernünftig fragen.“ Dies gilt auch in der Wissenschaft, insbesondere der Politikwissenschaft, in der die Frageformulierung der erste wichtige Schritt zum Erkenntnisgewinn ist. Das Hagener Institut für Politikwissenschaft legt daher größten Wert darauf, den Studierenden von Beginn an zu vermitteln, wie eine vernünftige und wissenschaftlich gehaltvolle Frage entwickelt wird. Dies gestaltet sich jedoch durch die spezifischen Umstände eines Fernstudiums gar nicht so einfach. Mit dem Ziel einer Intensivierung der Methodenausbildung hat das Team des Lehrgebiets V: Vergleichende Politikwissenschaft von Professor Stoiber nun die Vermittlung in Form eines Präsenzseminars getestet.

Das Ziel des am Wochenende des 3. - 5. Juni im Regionalzentrum Hamburg durchgeführten Seminars „Howtocompare-politics“ war es, in anwendungsorientierter Form konzeptionelle und methodische Kenntnisse für die Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten zu vermitteln. Unter Anleitung von Professor Michael Stoiber sowie den Mitarbeitern Axel Dabitsch und Frank Wittmann nahmen 40 Studierende des BA Politik und Verwaltungswissenschaft teil.

Nach einem Einführungsvortrag zum Thema „Forschungsdesign für Haus- und Abschlussarbeiten“ waren die Studierenden an den kommenden beiden Tagen gefragt. Am Samstag standen die Formulierung einer vergleichenden Fragestellung sowie die Erarbeitung eines Analysekonzepts samt Hypothesen auf dem Programm. Nach der Präsentation und einer lebhaften Diskussion der Zwischenergebnisse ging es am Nachmittag daran, die passenden Fälle auszuwählen. Ebenso sollten die zugrundeliegenden Variablen definiert und ein Untersuchungsdesign festgelegt werden. Abschließend mussten sich die Teilnehmer auch Gedanken über die Messbarkeit der Variablen, die Datengrundlage und mögliche Analysemethoden machen. Die Vorstellung der Konzepte und die Diskussion über die Ergebnisse beschlossen den anstrengenden Arbeitstag.

Der Sonntag bot den Studierenden nochmals die Möglichkeit, sich zum bearbeiteten Thema auszutauschen. So wurde deutlich, dass ein Untersuchungsgegenstand auf ganz unterschiedliche Weise angegangen werden kann. Die Evaluation am Ende des Präsenzseminars fiel sehr positiv aus: Besonders gut gefiel den Studierenden die Struktur des Seminars mit Kleingruppenarbeit und dem Austausch über die Themengruppen hinaus sowie die Berücksichtigung ihrer Interessen in Bezug auf die Erarbeitung von Haus- und Abschlussarbeiten. Gerade im Bereich der Methodenausbildung trägt die Ergänzung der Fernlehre durch praxisbezogene Präsenzseminare einen großen Teil zum Lernerfolg der Studierenden bei – keine Frage!

Personen am Institut

Dr. Torsten Noe

Dr. Torsten Noe ist seit Oktober 2011 am Lehrgebiet IV: Politik und Verwaltung tätig. Nach seinem Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der FernUniversität absolvierte er ein verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Im Rahmen seiner Promotion an der Technischen Universität Darmstadt untersuchte er – im Zuge der Implementierung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Varianten dezentraler Arbeitsmarktpolitik und beschäftigte sich im Darmstädter Forschungsschwerpunkt mit spezifischen Fragen der Stadtforschung.

Dr. Tina Olteanu



Dr. Tina Olteanu ist seit dem 01. September 2011 im Lehrgebiet I: Staat und Regieren tätig und arbeitet zusammen mit PD Dr. Dorothee de Nève u.a. an dem Projekt "Deliberative Governance und Zivilgesellschaft in Deutschland". Von 2005-2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Wien, wo sie Anfang des Jahres ihre Promotion zum Thema "Korruption und Demokratie: Österreich und Rumänien im Vergleich" beendete. Frau Dr. Tina Olteanu wurde für diese Arbeit mit dem Preis für die beste Dissertation der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) ausgezeichnet. Ihre Forschungsfelder sind neben der Korruptionsforschung v.a. theoriegeleitete und empirisch-vergleichende Demokratie- und Demokratisierungsforschung im Kontext von alten und jungen Demokratien in Europa.

Dr. Annette Vollmer

Seit 15. Oktober 2011 verstärkt Frau Dr. Annette Vollmer das Team des Lehrgebiets III. Dr. Annette Vollmer hat im Juni 2011 an der HafenCity Universität Hamburg, Department Stadtplanung, zum Thema „Business Improvement Districts: Erfolgreicher Politikimport aus den USA?“ promoviert. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen *economic governance* (insbes. *Varieties of Capitalism*-Ansatz), Politiktransfer, Business Improvement Districts sowie Stadtentwicklungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik, v.a. auf der kommunalen Ebene. Sie wird künftig insbesondere die Studierenden im Master-Modul 2.1 („Politische Steuerung und Koordination in der Wirtschaft/Staatstätigkeit in der Globalisierung“) betreuen.



Neue Veröffentlichungen

Beinke, Inga 2011: Faith-based CSOs: a resource for Democracy? In: *Global Science & Technology Forum, Proceedings of the Annual International Conference on Political Science, Sociology and International Relations*. Singapore, 89-94.

Blauberger, Michael, Thurid Hustedt, Renate Reiter, Annette Elisabeth Töller und Arndt Wonka 2011: Einleitung: Zur Fragestellung und Konzeption dieses Kurses. In: *Verwaltungsstrukturen in der Europäischen Union. Kurs 33914 der FernUniversität Hagen*, Hrsg. Dies., Hagen, 15-17.

Bogumil, Lars, Falk Ebinger, Lars Holtkamp 2011: Vom Versuch, das Neue Steuerungsmodell verpflichtend einzuführen. Wirkungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in NRW. In: *Verwaltung & Management* 4/11, 171-180.

Bogumil, Jörg, Lars Holtkamp 2011: Bürgerkommune. In: *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Thomas Olk, Birger Hartnuß, Weinheim, 41-51.

Ebinger, Falk, Stephan Grohs, Renate Reiter 2011: The Performance of Decentralisation Strategies Compared: An Assessment of Decentralisation Strategies and their Impact on Local Government Performance in Germany, France and England. In: *Local Government Studies*, 37/5, 553-575.

Hinterhuber, Eva Maria, Andrea Strasser-Camagni 2011: 'The new doesn't come from the new, but from reshaping existing resources'. Gender Studies und Frauenbewegung im postsocialistischen Russland. In: *Travelling Gender Studies*, Hrsg. Beate Binder, Gabriele Jähnert, Ina Kerner, Eveline Kilian, Hildegard Maria Nickel, Münster, 147-168.

Holtkamp, Lars 2011: *Verwaltungs- und Haushaltsreformen – Eine problemorientierte Einführung, FernUni-Kurs, Hagen*.

Holtkamp, Lars 2011: Kommunale Krisenstrategien bei leeren Kassen. In: *Kommunalfinanzen in der Krise*, Hrsg. Marc Hansmann, Berlin, 238-252.

Holtkamp, Lars 2011: Wenn der Sparkommissar klingelt ... In: *AKP* 6/11 2011: 41-43.

de Nève, Dorothée 2011: Das Evangelium ist (k)ein Programmiersatz – Religiöse Parteien in der Schweiz. In: *Sphärendynamik II Religion in postsäkularen Gesellschaften*, Hrsg. Georg Pfeleiderer, Alexander Heit, Zürich/Baden Baden, 161-191

de Nève, Dorothée 2011: Die soziale und politische Dimension des öffentlichen Nahverkehrs. In: *Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gestaltung der städtischen Transportsysteme. Ein deutsch-vietnamesischer Dialog über die Zukunft der Stadt und die Stadt der Zukunft*, Hrsg. Hans-Heinrich Bass, Christine Biehler, LyHuy Tuan, München/Mering, 110-124.

de Nève, Dorothée, Tina Olteanu 2011: *Graffiti – trendsetter in political participation and communication or illegal scribbling?* In: *Proceedings of the Annual International Conference on Political Science, Sociology and International Relations*, Singapore, 77-82.

Olteanu, Tina 2011: Die EU und das postsocialistische Europa am Ende der Korruptionsskala: Hinterlassenschaft oder eine Frage der Wahrnehmung? In: *Korruptionsbekämpfung als globale Herausforderung*, Hrsg. Lukas Achathaler, Domenica Hofmann, Matthias Pázmándy, Wiesbaden, 203-220.

Reiter, Renate, Annette Elisabeth Töller 2011: Grundlagen der Europäischen Union und theoretischer Rahmen. In: *Ver-*

waltungsstrukturen in der Europäischen Union. Kurs 33914 der FernUniversität Hagen, Hrsg. Thurid Hustedt, Arndt Wonka, Michael Blauberger, Annette Elisabeth Töller, Renate Reiter, Hagen, 18-42.

Reiter, Renate, Annette Elisabeth Töller 2011: Was ist Politikwissenschaft? In: *Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie – Eine interdisziplinäre Einführung. Kurs 34654 der FernUniversität Hagen*, Hrsg. Helmut Breitmeier, 11-40.

Reiter, Renate, Falk Ebinger, Stephan Grohs, Sabine Kuhlmann, Jörg Bogumil 2011: Dezentralisierungsstrategien im Leistungsvergleich: Wirkungen von Dezentralisierungspolitik auf die Leistungsfähigkeit der Lokalsysteme in Deutschland, Frankreich und England. In: *Jahrbuch des Föderalismus. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, Hrsg. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen: Baden-Baden, 67-82.

Schwindenhammer, Sandra 2011: *Nationale Bedingungen und freiwillige unternehmerische Normbefolgung. Eine Analyse deutscher Unternehmen der G500 in der Global Reporting Initiative*, Baden-Baden.

Stoiber, Michael 2011: *Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratietheorie*. Baden-Baden: Nomos, Reihe Demokratiestudien, Bd. 3

Töller, Annette Elisabeth, Sylvia Pannowitsch, Céline Kuschek, Christian Mennrich 2011: Direkte Demokratie und Schulpolitik. Lehren aus einer politikfeldanalytischen Betrachtung des Scheiterns der Hamburger Schulreform. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3/2011, S. 503-523.

Töller, Annette Elisabeth 2011: Komitologie. In: *Verwaltungsstrukturen in der Europäischen Union. Kurs 33914 der FernUniversität Hagen*, Hrsg. Thurid Hustedt, Arndt Wonka, Michael Blauberger, Annette Elisabeth Töller, Renate Reiter, Hagen, 2011, 108-146

Töller, Annette Elisabeth 2012: *Warum kooperiert der Staat? Kooperative Umweltpolitik im Schatten der Hierarchie. Schriftenreihe Staatslehre und politische Verwaltung*, Baden-Baden.

Vollmer, Annette 2011: *Business Improvement Districts – Erfolgreicher Politikimport aus den USA?* Peter Lang Verlag, Bern.

Impressum

FernUniversität in Hagen
Institut für Politikwissenschaft
Prof. Dr. Annette Elisabeth Töller
Dr. Annette Vollmer
Lehrgebiet III: Politikfeldanalyse
Universitätsstr. 41 /ESG
58084 Hagen

Tel.: +49 2331 - 987 4844
Fax: +49 2331 - 987 4845
E-Mail: polis-news@fernuni-hagen.de

<http://www.fernuni-hagen.de/polis/>